

Aachener Zeitung vom 14.05.2013, S. 1

NRW sagt dem Mülltourismus den Kampf an

Kommunen sollen gezwungen werden, ihren Abfall zur nächsten Verbrennungsanlage zu bringen.

Steuerzahler und Opposition fürchten höhere Gebühr.

VON WILFRIED GOEBELS

Düsseldorf/Heinsberg. Brüssel will den zunehmenden Mülltourismus in Europa durch das „Prinzip der Nähe“ eindämmen. NRW-Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) springt auf den Zug auf und plant 2014 schärfere Auflagen für Kommunen. Künftig sollen Städte und Gemeinden verpflichtet werden, den Müll wieder da zu entsorgen, wo er entsteht: in den ortsnahen Müllverbrennungsanlagen (MVA). Steuerzahlerbund und Opposition warnen vor einem Anstieg der Müllgebühren, wenn nicht wie heute die preisgünstigste MVA beauftragt werden darf. Rimmel weist die Sorgen zurück: Der neue Abfallwirtschaftsplan werde keine Preise für den Müll vorschreiben.

In einem Schreiben an Kommunen, Kreise und MVA-Betreiber kritisiert Rimmel den „ungesunden Preiswettbewerb aufgrund von Überkapazitäten“. Einer Kapazität von 6,3 Millionen Tonnen Müll pro Jahr in den MVA stehen nur rund vier Millionen Tonnen Abfall aus NRW gegenüber. CDU und

FDP hatten 2010 per Gesetz beschlossen, dass die Müllentsorgung ausgeschrieben werden muss. Mit dem Wettbewerb rutschten die Preise in den Keller – um bis zu 50 Prozent.

Künftig will NRW Abfall-Transporte über weite Strecken unterbinden. Da eine Reihe von Abnahmeverträgen der Kommunen in diesen Monaten auslaufen, rät der Minister vor Abschluss neuer Verträge zur Vereinbarung eines Sonderkündigungsrechts, falls eine verbindliche Regelung künftig die Entsorgung in einer näheren MVA festschreibt. Selbst neu verhandelte Verträge müssten dann vielleicht zurückgenommen werden.

Der Bund der Steuerzahler hält die Pläne für „bürgerfeindlich“ und fürchtet wie die CDU höhere Müllgebühren für Verbraucher. FDP-Experte Dietmar Brockes warnt gar vor einem „Rückfall in die Planwirtschaft“. Das Ministerium stellt klar, dass der Entwurf erst im Herbst vorliegen wird und vorher noch eine Verbändeanhörung stattfindet. Danach

erst könne festgelegt werden, wie das „Prinzip der Nähe“ konkret umgesetzt werde. Andre Kuper (CDU) erklärt, das Problem der Überkapazitäten sei nicht dadurch zu lösen, dass Bürger „durch höhere Preise die örtlichen Müllverbrennungsanlagen finanzieren“.

Kurze Wege: Müll soll in die nächste MVA. Foto: Stock/Steffen Schellhorn

